Vereinbarung nach § 19 (1) BezVG über die Informationspflicht des Bezirksamtes gegenüber der Bezirksversammlung

1. Ausschuss für Wirtschaft, Klima und Verbraucherschutz

1.1: Bisheriges Portfolio

Ausschuss für Wirtschaft, Klima~~schutz, Umwelt~~ und Verbraucherschutz (~~KUV~~WKV)	• Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes; • Frühestmögliche Information über Kampfmittelfunde, Sanierungsbedarfe und Sanierungsmaßnahmen des Umweltbereichs von größerer Bedeutung; • Bericht über Maßnahmen aufgrund des Lärmaktionsplans; • Umwelttelefon (kenntlich gemacht werden nachgewiesene Grenzwertüberschreitungen im Bereich Schall und Licht); • Anträge auf Sondernutzungen für Außengastronomie oder Sonderverkaufsflächen auf öffentlichem Grund, soweit es um die Außengastronomie in der Susannenstraße, am Schulterblatt, in der Bahrenfelder Straße, Ottenser Hauptstraße, Schanzenstraße und am Paul-Nevermann-Platz geht, sowie – ohne räumliche Einschränkungen – alle Erstanträge und Anträge, wo zukünftig bestehende Genehmigungen versagt werden sollen; • Eröffnung und Einstellung von Märkten; • Ausnahmen vom Ladenschlussgesetz für Sonntagsöffnungen; • Bedeutsame Feststellungen bei der Durchführung der Kontroll- und Überwachungsaufgaben durch das Verbraucherschutzamt. • Information über neue Projekte der Gewerbeentwicklung im Bezirksamtsbereich (z.B. BID), inklusive zeitnaher

	Berichterstattung über die Ergebnisse der sogenannten Dispo-Runde; • Neuansiedlung und Standortveränderungen von Wirtschaftsunternehmen; • Wesentliche Themen der bezirklichen Wirtschaftsförderung; • Bedeutende Entwicklungen/ Veränderungen in der Tourismuswirtschaft;

1.2: Ergänzungs- und Änderungsvorschläge für Neufassung aus den Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft, Klima und Verbraucherschutz vom 09.09.2024 und 14.10.2024 (*Änderungen *kursiv* gekennzeichnet)

Thema*	**Begründung / Hintergrund**
Monatlicher Bericht zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes.	Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE (erste Aufzählung).
~~*Bericht über Maßnahmen aufgrund des Lärmaktionsplans.*~~	Das Amt schlägt vor, diesen Punkt zu streichen (dritte Aufzählung). „Der LAP befasst sich ausschließlich mit Verkehrslärm. Keine Zuständigkeit des Fachamtes Verbraucherschutz (VS).“
Eingaben von Bürger:innen zu Umweltbeeinträchtigungen, Immissionsbeschwerden (Lärm, Luft, Licht) – „Umwelttelefon“.	Änderungsvorschlag des Amtes (zweite Aufzählung). „Die Hervorhebung ‚nachgewiesener Grenzwertüberschreitungen‘ ist nicht praktikabel. Der Begriff ‚Umwelttelefon‘ bleibt trotz des überwiegenden Eingangs per E-Mail über umweltschutz@altona.hamburg.de bestehen, weil er etabliert und ‚griffig‘ ist.“
Neu- und Erweiterungsanträge auf Sondernutzungserlaubnisse für Außengastronomie sowie Fälle, in denen Sondernutzungserlaubnisse für Außengastronomie versagt werden sollen.	Änderungsvorschlag des Amtes unter Einbeziehung der Vorschläge aus dem Ausschuss (fünfte Aufzählung). „Reduzierung auf Erst- und Erweiterungsanträge. Keine Vorlage von Anträgen mit ggü. dem Vorjahr unveränderter Fläche. Wäre für das Amt gut umsetzbar. Reduziert die beim Amt eingehenden Beschwerden (…), da Anträge, die bereits im gleichen Umfang positiv beschieden wurden, keinem Politikvorbehalt mehr unterliegen.“
Bericht über Straßenfeste und Flohmärkte, unabhängig vom Genehmigungsstand.	Neu. Vorschlag der CDU-Fraktion als Ergänzung zur fünften Aufzählung.
Information über neue Projekte der Gewerbeentwicklung im Bezirksamtsbereich (z.B. BID)~~*, inklusive zeitnaher Berichterstattung über die Ergebnisse der sogenannten Dispo-Runde.*~~	Das Amt schlägt vor, den letzten Halbsatz zu streichen (neunte Aufzählung)
~~*Bedeutende Entwicklungen / Veränderungen in der Tourismuswirtschaft.*~~	Das Amt schlägt vor, diesen Punkt zu streiche (letzte Aufzählung).